

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Frankreich lehnt die große Konferenz ab.

Poincaré's Antwort an England. — Frankreich willigt unter Vorbehalt in einen „Sachverständigen-Ausschuss“ des Wiederherstellungsausschusses. — Am Dienstag Beratung des Wiederherstellungsausschusses. — Die deutschen Sachverständigen werden nur angehört. — Große Enttäuschung bei der englischen Regierung.

Paris, 26. Okt. (Drahtb.) Der Wiederherstellungsausschuss ist heute, nachdem der englische Delegierte Sir John Bradbury in der Nacht von seiner Reise aus London zurückgekehrt ist, zu einer nicht öffentlichen Sitzung zusammengetreten, um Kenntnis von der am Mittwoch überbrachten deutschen Note zu nehmen. Diese Sitzung war die übliche Freitagssitzung. Aus der soll sich ergeben haben, daß sämtliche Telegrephen den Standpunkt vertreten, daß gegen die Verhandlungen der deutschen Regierung, auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages, eine neue Prüfung der Zahlungs-fähigkeit Deutschlands zu treten, nichts einzunehmen sei. Aus diesem Grunde müßte man auch den deutschen Delegierten das Recht zugestehen, den Standpunkt ihrer Regierung vor dem Ausschuss zu vertreten.

WTB Paris, 26. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas teilt mit, daß die deutsche Note an den Reparationskommissionen offiziell am kommenden Dienstag beraten werden wird. Der französische Vertreter werde sich der Vermutung der deutschen Vertreter über die Zahlungs-fähigkeit Deutschlands nicht widersetzen, im Gegenteil, er werde seinen Kollegen vorschlagen, eine Methode anzuwenden, die im Friedensvertrag vorgesehen sei, jedoch sei es wahrscheinlich, daß er formelle Vorbehalte hinsichtlich des schlechten Willens machen werde, von dem Deutschland bis jetzt bei der Sanierung seiner Finanzen den Beweis gegeben habe. Es scheint übrigens, daß die Vertreter der anderen Mächte, Belgien, England und Italien, im allgemeinen geneigt seien, diese Art des Vorgehens zu billigen.

GA London, 27. Okt. (Drahtb.) Der diplomatische Vertreter der Agentur Havas will wissen, Poincaré habe namens der französischen Regierung in Washington bereits mitgeteilt, daß er die Bildung einer Sachverständigen-Kommission zur Prüfung der Zahlungs-fähigkeit Deutschlands nach dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten annehmen werde, unter der Bedingung, daß die Sachverständigen in voller Freiheit von der Reparations-Kommission bestimmt werden müßten.

GA London, 27. Okt. (Eig. Drahtb.) Der „Daily Telegraph“ setzt in einer offiziellen Information auseinander, daß die gestern in später Abendstunden im Auswärtigen Amt eingegangene französische Antwort noch viel entscheidender ausgefallen sei, als dies zuerst von amtlicher Seite ausgegeben wurde. Poincaré soll seinen Vorbehalt, daß der Sachverständigen-Ausschuss im Rahmen des Friedensvertrages sich mit der Prüfung der Reparationsfrage befassen dürfe, folgendermaßen umschrieben haben:

1. Der Sachverständigen-Ausschuss wird von der Reparations-Kommission ernannt, und die der Reparations-Kommission in jeder Hinsicht untergeordneten deutschen und neutralen Vertreter, die an den Beratungen des Organ-Komitees teilgenommen haben, werden als gleichberechtigte Mitglieder nicht zugelassen werden. (Ausdrücklich sollen die deutschen Vertreter nur qualitativ gehört werden.)

2. Der Sachverständigen-Ausschuss soll seine Arbeiten erst aufnehmen, wenn die Alliierten sich darüber geeinigt haben, daß der passive Widerstand vollständig beendet ist.

3. Der Sachverständigen-Ausschuss ist nicht befugt, eine Herabsetzung des Londoner Ultimatums (132 Milliarden Goldmark) vorzunehmen. Diese Herabsetzung bleibt ausdrücklich einer einstimmig zu fassenden Entscheidung der Alliierten vorbehalten.

4. Eine Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und der in Deutschland für Reparationen vorhandenen Wirtschaftsquellen darf nicht zu einer Herabsetzung des französischen Anteils an den Reparationen von 26 Milliarden Goldmark führen.

5. Die Untersuchungskommission darf sich nicht mit dem umfassenden Problem der Sanierung der deutschen Finanzen und der Reform der deutschen Währung befassen. Die englischen Regierungsfunktionäre sollen der englischen Presse nicht verhehlen, daß die englische Regierung enttäuscht darüber ist, daß Poincaré eine große Konferenz, auf der alle Regierungen, einschließlich der Vereinigten Staaten, durch bevollmächtigte Regierungsvertreter ihre Ansicht zum Ausdruck bringen könnten, endgültig abgelehnt hat. In weiterer diplomatischer Meinungsäusserung hat Frankreich, den übrigen Alliierten und den

Vereinigten Staaten müsse nun versucht werden, für den Sachverständigen-Ausschuss der Reparationskommission ein Arbeitsprogramm zu entwerfen, das trotz der französischen Vorbehalte noch Aussicht auf brauchbare Ergebnisse habe. Ironisch bemerkt der „Daily Telegraph“ in seinem Leitartikel, daß es nur darauf ankomme, durch sanfte Ueberredung, wie sie Baldwin anwende, Frankreich zu einer vernünftigeren Behandlung der Reparationsfrage zu veranlassen.

Die „Morningpost“ hält den Gegnern Frankreichs vor, daß Poincaré für seine Vorbehalte den Vorwand in der amerikanischen Verbalnote an Curzon gefunden habe. Obwohl Amerika genau wisse, daß jeder Versuch, die Reparationsfrage unter den Alliierten zu regeln, stets wieder daran scheiterte, daß man mit Amerika nicht zu einer offiziellen Aussprache über die Schuldfrage gelangt sei, habe die amerikanische Regierung auch diesmal wieder erklärt, daß, wenn — gleichgültig in welcher Form — unter amerikanischer Mitwirkung eine Erörterung der Reparationsfrage erfolge, der amerikanische Vertreter niemals befehligen werde, die Schuldfrage zu erörtern. Er müsse annehmen, so schreibt die „Morningpost“, wenn dieses heikle Thema im Untersuchungs-Ausschuss berührt werde, sich wie eine prüde Frau von Unverschämungen zu rücheln, in denen von schäblichen Dingen gesprochen wird.

Lord George, dem die französischen Vorschläge in Washington vorgelegt wurden, soll sich in seiner charakteristischen Art folgendermaßen geäußert haben: Wenn es nur darauf ankomme, den französischen Alliierten ein Gefallen zu tun, gegenüber der Welt das Gesicht zu wahren, sollten wir dies tun. Wenn aber gegen den Willen eines Sachverständigenausschusses weitere Einwendungen erhoben werden, wird die Lage schwierig. Jeder Politiker, der Einwände vorträgt, um dem französischen Gedanken eine Niederlage zu bereiten, ist nicht fähig, sich mit großen weltpolitischen Fragen zu beschäftigen.

Nur „einfache Anhörung“.

WTB Paris, 27. Okt. (Drahtb.) Der Mitteilung, daß der französische Vertreter in der Reparationskommission der am Dienstag stattfindenden Sitzung einen Vorschlag unterbreiten werde, deutsche Vertreter über die wirtschaftliche und finanzielle Lage zu hören, fügt die Agentur Havas nachträglich hinzu, selbstverständlich werde es sich, solange der passive Widerstand im Ruhrgebiet nicht vollständig aufgehört habe, nur um eine einfache Anhörung konsultativen Charakters über Deutschlands Zahlungsfähigkeit handeln können.

GA Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtb.) Nach einer Pressenote des „Temps“ nimmt auch die belgische Regierung den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten an, durch Sachverständige die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bestimmen zu lassen, vorausgesetzt, daß die Reparationskommission diese Sachverständigen berufen wird. Die französische Regierung hat ihrem Vorgesetzten in London den Auftrag erteilt, der englischen Regierung mitzuteilen, daß sie den Vorschlag einer Sachverständigen-Kommission, in der die Vereinigten Staaten vertreten sind, annimmt, um alle Fragen prüfen zu lassen, die sich auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beziehen. Der französische Vorgesetzte wird jedoch erklären, daß seine Regierung darauf bestanden hat, daß die Reparationskommission alle Machtbefugnisse zu behalten, die ihr der Versailler Friedensvertrag bietet, daß sie also nur die Prüfung annehmen könne, wenn die Kommission die Sachverständigen ernimmt.

General de Wey verzichtet.

Was der Herr General alles sagte...

GA Spener, 27. Okt. (Drahtb.) Gestern nachmittag waren die Delegierten des Kreistages und die führenden Personen aus verschiedenen Berufsständen bei dem General de Wey. Er eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß die drei Sozialdemokraten Hoffmann, Dr. Wagner und Kleesfort nochmals bei ihm erschienen seien und ihm die Zurückziehung ihrer Vorschläge zur Kenntnis gebracht hätten. Er fragte, ob niemand von den Anwesenden den Vorschlag aufzunehmen bereit sei. Alles schweigend. Auch die Sozialdemokraten erklärten, daß man in ihren Reihen zwar eine Trennung von Bayern, aber niemals eine Trennung vom Reich gedacht habe. Die Vorschläge des Generals seien für sie unannehmbar. Auch der Präsident der Kreisbauernkammer lehnte sie im Gegen-satz zu den Vertretern der freien Bauernschaft der Pfalz ab. Danach ergriff wieder der General das Wort und erklärte,

für ihn sei die Sache hiermit erledigt.

Er werde keine Schritte tun. Solche würden auch im Gegensatz zum Versailler Vertrag stehen, und an diesen habe er sich noch immer peinlich gehalten.

Für die Pfalz aber, so fuhr er drohend fort, würden jetzt furchtbare Zeiten kommen. Er überlasse die Bourgeoisie ihrem Schicksal, das in Anbetracht der augenblicklichen wirtschaftlichen und sozialen Zustände kaum zweifelhaft sein könne. Seine Gendarme seien im Gegenteil zu gut, sich zum Schutze der pfälzischen Bourgeoisie noch weiterhin gefährden zu lassen. (!)

Dann wurde über die Einführung einer selbständigen rheinischen Währung gesprochen. Nur die Landwirte gingen auf diesen Vorschlag ein. Diese zweite Entschädigung verleihe General de Wey zu der Aufforderung, die Bauern sollten ihre Kartoffeln nicht mehr gegen Papiermark verkaufen, und täten gut daran, die Arbeiter verhungern zu lassen. (!)

Weiter wird aus Spener gemeldet: Es giebt sich hier jetzt freude, vielfach bewaffnete Gestalten in den sonst ruhigen Straßen herum. Bei der französischen Besatzung wurde der Antrag gestellt, diese Leute zu entwaffnen. Er wurde abgelehnt. Stattdessen wurde angeordnet, daß gewisse Sicherungsvorkehrungen am Tor des Regierungsgebäudes zu entfernen seien. (!) An eine Anzahl Arbeiter der Eisenbahnregie wurde das Ansuchen gestellt, sich bewaffnen zu lassen und sich zu einem kleinen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Für den Fall der Weigerung wurde mit der Entlassung gedroht. Gegen Abend wird der Anmarsch bewaffneter Leute auf Straßwegen in Richtung Spener gemeldet. Es scheint also, als ob General de Wey den Pfälzern, den er mit Güte nicht erreichen konnte, mit Gewalt durchsetzen will.

WTB Ludwigshafen, 26. Okt. (Drahtb.) Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz hat heute folgende Erklärung beschlossen:

Der Verfassungsbruch der bayrischen Reichsregierung hat in den revolutionären Kreisen der Pfalz große Empörung ausgelöst. All unsere Warnungen wurden zunichte gemacht durch die Regierungsführung in den Wind geschlagen. Zugleich kamen aus allen Teilen des bayrischen Reichs alarmierende Nachrichten über die letzten Zustellungen der Sonderbündler. Als Protest gegen den bayrischen Verfassungsbruch und zum Schutz gegen die drohende Gefahr der Sonderbündler kam die Zeitung der pfälzischen Sozialdemokratischen Partei zu dem Entschlusse, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Verband des Deutschen Reiches zu bilden. Diesen Standpunkt hat die pfälzische Sozialdemokratie in keinem Stadium der Verhandlungen verlassen. Nachdem die Alliierten der pfälzischen Sozialdemokratie in verschiedenen Kreisen der Pfalz erheblichen Widerstand geleistet hat und nachdem die Reichsregierung eine Abtrennung der Pfalz von Bayern unter Bedingung des Landes im Reichsverband nicht anerkennt, für die Sozialdemokratische Partei der Pfalz aber grundlegend eine Aktion der Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Deutschen Reiches nicht in Frage kommt, setzen wir von der Durchführung unseres Vorhabens ab. Wir wollen durch unsere Aktion die durch die Sonderbündler drohende Gefahr der Abtrennung der Pfalz vom Reich vermeiden. Nachdem man unsere Abkehr verkannt und uns iniquere Motive untergeschoben hat, müssen wir die Verantwortung für die kommenden Geschehnisse den anderen Parteien überlassen.

Die Abgrenzung der Bürgerlichen.

In der am Donnerstag in Neustadt a. d. S. abgehaltenen Versammlung der bürgerlichen Parteien wurde hinsichtlich der Stellungnahme zu der von General de Wey eingeleiteten Umwälzungsbewegung in der Pfalz folgende Erklärung angenommen:

„Wir, die Vertreter der bürgerlichen Parteien, stehen auf dem Boden der Verfassung des Reiches und des Landes und lehnen jeden Verfassungsbruch ab.“

Die Eisenbahnschlüsselzahlen steigen wieder!

Für Personen 5 Milliarden, für Güter 12 Milliarden.

WTB Berlin, 26. Okt. (Drahtb.) Von Montag, den 29. Oktober, an werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr fünf Milliarden und im Güterverkehr zwölf Milliarden betragen.

WTB Berlin, 26. Okt. Gegenüber der Behauptung, daß die Tarife der Reichsbahn im Personenverkehr über der allgemeinen Teuerung lägen und dem Steigen des Dollars sogar voraussehten, wird dem Wolffischen Telegraphenbüro mitgeteilt, daß die gegenwärtige Schlüsselzahl von 1,5 Milliarden hinter allen anderen Schlüsselzahlen, z. B. dem für die Lebenshaltungskosten und für den Großhandel sowie der Preissteigerung für Getreide und Kartoffeln zurückbleibe und daß eine Fahrkarte dritter und vierter Klasse, die im Frieden eine Mark gekostet hat, heute 1,5 Milliarden koste, statt, nach dem Dollarkurs gerechnet, 15 Milliarden. Zur Erleichterung des Verkehrs und Ziehlungsverkehrs werden ferner vom 1. November an für Monatskarten, Wochenkarten und Schülermonatskarten die Zahl der eingerechneten Einzelsfahrten herabgesetzt.

Die Politik der Woche.

Eins der schönsten Dramen, das die deutsche Literatur besitzt — leider wird es von den deutschen Bühnen nicht allzuoft aufgeführt —, ist Kleists „Prinz Friedrich von Homburg“. Der Prinz, ein Nachwandler, „eine blühende, naive, kindliche Natur“, so nennt ihn ein Kritiker, hat während der Mitteilung des Planes der bevorstehenden Schlacht von Jägerbühl nicht recht zugehört, weil seine Gedanken bei seiner Geliebten, der Prinzessin Natalie, weilen. Er unternimmt, der militärischen Order zuwider, einen Angriff und wird deswegen vom Großen Kurfürsten vor ein Kriegsgericht gestellt; und zum Tode verurteilt, obwohl durch seine Reiter-Attade die Schlacht gewonnen wurde. Der Kurfürst, der den raschen Jüngling, wie Erich Schmidt es ausdrückt, „zur preussischen Staatsreligion, nach welcher der einzelne nicht periodisch dreinfährt, sondern Order parieren muß“, anzuleiten möchte, stellt sich zunächst den vereinigten Bitten der Offiziere gegenüber, obwohl er den Beurteilten wie einen Sohn liebt und in ihm das Ideal seiner eigenen Jugend sieht, begnadigt aber schließlich den Prinzen, nachdem dieser zur Erkenntnis gekommen ist, daß er das ehrene Gesetz der Subordination verletzt und seine Strafe verdient hat.

Warum wir an dieser Stelle einen Abstecker in die dramatische Literatur machen? Weil man den Prinzen von Homburg mit dem General v. Löffow verglichen hat, dem Kommandeur der bayrischen Reichswehrdivision, der seinem Oberbefehlshaber, dem Präsidenten des Deutschen Reiches und dessen Stellvertreter, dem Reichswehrminister, den Gehorsam verweigerte. In der „Deutschen Ag.“ lesen wir: „Sollte der General v. Löffow wirklich der Form nach gegen eine Bestimmung der Verfassung gesündigt haben, so tat er es nach jenem Recht des Lebens, das sich in der Geschichte immer als größer erwiesen hat, als der geschriebene Paragraph. Auch der Prinz von Homburg hat Preußens erste glänzende Schlacht gewonnen durch eine scheinbare Subordination, und der stärkste dramatische Dichter unseres Volkes hat ihm ein nie veraltendes Ehrenbildnis dafür gesetzt.“

Hierauf ist zunächst zu erwidern, daß die Geschichte von dem Konflikt, den der Dichter Heinrich von Kleist schildert — wahrscheinlich durch eine Notiz Friedrichs des Großen in den Brandenburgerischen Denkwürdigkeiten angeregt —, nichts weiß. Der geschichtliche Landgraf von Hessen-Homburg mit dem silbernen Bein, der erheblichen Anteil an dem Erfolge von Jägerbühl hatte (nicht der alleinige Sieger war), ist ja auch eine ganz andere Persönlichkeit als die vom Dichter geschaffene. Aber auch Kleists „Prinz von Homburg“ läßt sich dem General v. Löffow nicht an die Seite stellen. Der wesentliche Unterschied besteht eben darin, daß der Prinz seine Verfehlung eingestanden hatte und seine Strafe auf sich nehmen wollte, die schwerste Strafe für ein unbeachtliches Versehen! Sollte v. Löffow in die Fußstapfen des Prinzen von Homburg treten, so müßte er wie dieser seinen Degen abgeben, nachdem er den Befehl seines militärischen Vorgesetzten nicht befolgt hatte. Stattdessen sandte er einen Funkpruch an die übrigen Teile der Reichswehr, wodurch er sie gegen die „marxistische Regierung in Berlin“ hartnäckig machen suchte. Das geht allem die Krone auf und von v. Löffow ist schon nicht mehr zu untercheiden.

Kleists Schauspiel ist eine Verherrlichung des militärischen Gehorsams, ebenso wie beispielsweise Burtens „Ratte“, dem diejenigen am meisten zugejubelt haben, die jetzt Löffows Ansubordination am lauesten zu verteidigen suchen. Auch der Hinweis auf den General v. Watterberg ist ganz und gar nicht angebracht. Dort, bei dem preussischen Stützpunkt für Napoleon gegen Rußland führte und 1812 mit den Russen eigenmächtig die Konvention von Tauragan schloß und damit die Erhebung Preußens vorbereitete, wandte sich nicht gegen seinen König, dessen geheimes Abverständnis er vielleicht annehmen konnte, sondern gegen den Usurpator Napoleon. Er wußte auch, daß er seinen Kopf riskierte, und war bereit, diesen hinzugeben. Nebenfalls sind die Analogien solcher großen historischen Persönlichkeiten nach besonderem Maßstab zu messen und können nicht verallgemeinert werden. Wo sollte es hin führen, wenn jeder höhere Offizier sich unter Umständen als Graf Watterberg fühlte? Verteidiger des Generals v. Löffow führen noch an, daß auch im letzten Kriege Offiziere an der Front häufig die Befehle von hinten zugekommen seien und daß sie, während nach ihrem besten Urteil ein anderes Vorgehen geboten war, das dann schon vor kommen, aber dann handeln die Befehlenden eben für eigene Rechnung und Gefahr und haben eventuell die Konsequenzen zu ziehen. Weist man das auch Fälle auf, in denen der Befehlsempfänger annehmen mußte, daß der Befehl nicht richtig informiert war und dessen rechtzeitige Aufklärung nicht möglich war. Schließlich entscheidet wie bei allem im Leben auch hier der Erfolg.

Daß auch von Berlin aus in dem letzten Konflikt mit Bayern Fehler gemacht worden sind, läßt sich nicht bestreiten. Immer wieder bemerken wir den Wechsel zwischen Energie und Schwäche. Als die bayerische Regierung Herrn v. Rahr mit bismarckischen Vollmachten ausstattete, entließ es nicht, daß auch vom Reich aus der Ausnahmehandlung erklärt wurde, daß unbefugte Nebeneinander- und Gemeinlandsverhältnisse bayerisch und Reichsverordnungen hätte aufgehoben werden müssen. Als man dann, ohne daß eine allgemeine Klä-

...nung der Kompetenzen eingetretten war. In einem
Eingefälle energisch wurde, war dieser Antrag
ein Verbot des „Börslichen Beobachters“ — so
kleinlicher Art, daß man an dieser Stelle gewis
nicht hätte einfallen sollen.

Die soll nun der bayerische Konflikt, der uns in
nen- und außenpolitisch so unendlich schadet und
weitere Folgerungen von unabsehbarer Tragweite
nach sich ziehen kann, seine Lösung finden? Wir
sind dieser Lösung keineswegs nähergekommen, wie
offiziell behauptet wurde, im Gegenteil scheinen
wir uns immer weiter davon zu entfernen. Uns
wurde zwar die Einmütigkeit der Ministerpräsi-
den der Länder mitgeteilt, die sich hinter die Reichs-
regierung stellen, aber nicht gesagt, daß in der
bereits erwähnten Sitzung weder der Reichskanzler Dr.
Stresemann noch der Vertreter Bayerns anwesend
war. Und die Forderungen der bayerischen Regie-
rung sowohl wie die Meinungen v. Kahr's und
der bayerischen Presse lassen wenig Neigung zur
Verständigung erkennen. Und doch muß diese
kommen, wenn das Reich nicht zerfallen soll. Und
zwar muß sie beginnen mit dem Rücktritt von
Loffow oder vielmehr damit, daß er den schon
ergangenen Befehl seiner Abberufung rückwärts
führt. Darüber kann es gar keine Meinungsver-
schiedenheit geben, das steht man im Grunde, wie
wir glauben, selbst in bayerischen reichstheben-
den Kreisen ein, nur scheut man sich, das offene Ein-
geständnis zu machen. Die militärische
Disziplin muß unter allen Umständen aufrecht-
erhalten bleiben, der einfache, nicht nach rechts
und links blickende Gehorsam. Wird unsere Reichs-
wehr von politischen Einflüssen nicht unbedingt
ferngelassen, wird sie stets eine Quelle des Miß-
trauens und der Verunsicherung sein. Erfreulicher-
weise haben die bayerischen Kommandeure das Ver-
halten ihres Kommandos verurteilt und durchaus
lokale Erklärungen abgegeben.

Nicht minder traurig wie das Verhältnis Bay-
erns zum Reich ist dasjenige Sachsens und
Thüringens zu ihm. Zugunsten der bayri-
schen Regierung spricht wenigstens, daß sie es ver-
steht, die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten.
Das fördert ihre Sympathien in manchen Kreisen, die
sonst mit ihrem Verhalten in der Reichsregierung ge-
genüber keineswegs einverstanden sind. Die offene
Unterjochung des Kommunismus in Sachsen
und Thüringen durch die dortigen Regierungen
fordert schmerzliche Eingriffe der Reichsregie-
rung, und das ist erfreulicherweise prompt erfolgt.
Preussische Reichswehrtruppen sind eingedrückt und
schützen Leben und Eigentum der bedrohten fried-
lichen Bürger. Auch auf das bayerische Gebaren
des sächsischen Ministerpräsidenten Reimer kommt
das bunte Tuch der Reichsanerkennung offiziell zu-
rück und sich nicht scheut, zum bewaffneten Wi-
derstand gegen die Reichsverfassung und ihre Trä-
ger und Beförderer aufzurufen und die Weiterfüh-
rung der Revolution im Sinne der Räterepublik
mit mehr oder minder verführten Worten zu prokla-
mieren. Sie hat zugleich die Beseitigung des
Reichswehrministers als des ersten und dringlich-
sten Hindernisses für die Durchsetzung solcher
Pläne verlangt und dafür die Zustimmung ihres
Landtages gefunden. Nach alledem wird man für
eine differenzierte Behandlung der
beiden Probleme, des sächsischen und des
bayerischen, zum wenigsten Verständnis haben, sagt
Reichsminister a. D. Schuler in der Wiener „N.
Fr.“, und aus ihr nicht ohne weiteres den
Vorwurf der Parteilichkeit bereiten. Immerhin
bleibt die Aufgabe der Reichsregierung bestehen,
ihre Autorität auch gegenüber Bayern durchzusetzen,
wenn nicht die sächsische Angelegenheit eine Bedeu-
tung erlangen soll, die ihr an sich nicht zukommt.
Denn Bayern wird gegen Sachsen ausgepielt und
umgekehrt. Ganz leicht machen es die Bayern der
Reichsregierung leichtlich nicht. Vor doch der bay-
rischen Gesandte in der vollen Öffentlichkeit des
Reichstages erklärt, daß seine Regierung der
Reichsregierung „in ihrer jetzigen Zusammenfün-
gung“ die Vollmacht des Reichsministeriums
nicht anerkennen könne. Und ähnlich drückt sich
Herr v. Kahr aus. Das Zentrum drückt sich
wie Anführer für unzulässig. Auch hier gilt es aber,
gleichgültig Reaktion und Schuld zu beweisen —
denjenigen Eigenschaften, die für die deutsche Po-
litik überhaupt unerlässlich sind.

Von allen Seiten führt es auf die Reichsre-
gierung ein. Nach dem Separatistenpakt,
der am und für sich eine lächerliche Angelegenheit
wäre, ein Kornebalskull, wie ein ausländisches
Blatt sagt, wenn nicht französische und belgische
Bajonetten den ersten Hintergrund bilden — nach
diesem Aufstand der Sonderbündler im Rheinland
haben sich auch wasserlandlose Gefallen in der
Walsch gefunden, die ähnliche Abspaltungstren-
dungen in Szene setzen wollten. Der ehemalige
bayerische Ministerpräsident Otto Hoffmann und
einige andere Sozialisten, denen sich auch Land-
bündler angeschlossen haben, haben mit den Fran-
zosen unterhandelt und erklären sich mit
der Bildung einer autonomen Walsch aus-
serhalb des Rahmens des deut-
schen Reiches gebildet werde. Das ist glatter
Hochverrat. Erfreulicherweise ist aber ein großer
Teil der walschischen Sozialdemokratie mit dieser
Haltung nicht einverstanden und auch der Vor-
stand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands
hat sich entschieden dagegen gewandt. Vielleicht
haben die Vorkommnisse in der Walsch wenigstens
das Gute, daß sie die bayerische Regierung darauf
hinweisen, wo der schwächste Punkt ihrer Position
liegt.

Reichskanzler Stresemann hat in Bogen
wieder eine wunderbare Rede gehalten, die „Braun-
schen Beschlüsse“ fand. Nur kommen wir durch
Reden allein nicht weiter. Durch eine untrübsame
Kritik auch nicht, darin hat Stresemann recht. Aber
bei aller Würdigung der ungeheuren Schwierig-
keiten, die eine Reichsregierung außenpolitisch und
auch leider im Innern zu überwinden hat, muß
doch gesagt werden, daß mehr und — vor allem —
schnelleres hätte geleistet werden müssen.
Beispielsweise in der Währungsfrage. Man
kann den Witz darauf machen, sie „wären“ ewig
sch. Mit Versprechungen hat man uns lange ge-

nug gestillt. In den verschiedenen Vertriebs-
büden Zahlungsmitteln, die angefordert worden
sind, ist noch ein neues gekommen, das der Reichs-
bankpräsident Savenheim ausgedacht hat, der früher
so geringe fortgeschrittene Reizung hatte, den nun
jedoch der Ruf der anderen Währungsdebeten
nicht kühlen läßt. (Ob nicht auch hier das Sprich-

Deutschland fordert sein Recht aus dem Versailler Vertrag.

Im Augenblick keine weiteren Leistungen aus dem Vertrag mehr.
Sein Verlassen auf fremde Hilfe. — Deutschland steht allein.
Protest gegen General de Reg.

WTB Gagen, 25. Okt. In seiner Rede sagte der
Reichskanzler Dr. Stresemann weiter, die Re-
gierung habe das letzte getan, die Wirt-
schaft im Ruhrgebiet wieder in Gang
zu bringen. Sie habe die Wirtschaftsvertreter
ermächtigt, mit Frankreich zu verhandeln und habe
sich trotz der furchtbaren finanziellen Not des Rei-
ches zu weitgehenden finanziellen Opfern für die
Zukunft bereit erklärt, um die Summe zu garantie-
ren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Re-
dite ausbringen sollte, um die Wiederherstellungs-
leistungen an Frankreich auszuführen. Die Ver-
handlungen hätten ein Ergebnis bisher nicht ge-
habt. Aber bis zum letzten Wille er, der Reichs-
kanzler, hoffen, daß sie doch noch zu einem Ab-
schluß führen; denn wenn das nicht geschehe, so habe das
furchtbare Folgen: Hunger, Not, Wirtswort und
Chaos. Wenn es zu seinem Abschluß komme, wür-
den in kurzer Zeit 550 000 Vergarbeiter mit ihren
Familien ohne Brot sein. Deutschland
stehe am Ende seiner wirtschaftlichen
Kraft. Es könne dieser Not nicht wehren. Auf
Frankreich falle die ganze Verant-
wortung für dieses furchtbare Elend.
Deutschland habe sich in dieser furchtbaren Kata-
strophe an die karitativen Verbände in allen Län-
dern, an das Rote Kreuz in der ganzen Welt ge-
wandt, damit diese bei der bevorstehenden Hun-
gersnot im besetzten Gebiet eingreifen, und die
deutsche Regierung hoffe, daß dieser Appell an die
Güte nicht ungehört verhallen werde. Deutschland
habe vielleicht schon mehr an Wiederherstel-
lungen geleistet, als es mit Rücksicht auf das
deutsche Volk tun dürfte. Aber die deutsche Regie-
rung, an deren Spitze er stehe, wäre zu weite-
ren Opfern bereit gewesen für die Frei-
heit der deutschen Erde. Kein mate-
rielles Opfer sei zu groß, als daß es nicht
gebracht werden könnte für die Freiheit des deut-
schen Volkes und des deutschen Bodens. Bei der
Wahl zwischen Freiheit und Besitz werde sich ein
entscheidendes Volk für die Freiheit entscheiden, aber
im Augenblick könne Deutschland keine wei-
tere Leistung aus dem Versailler Ver-
trag mehr erfüllen, solange Rhein und
Ruhr von ihm abgeschnitten seien, und
Deutschland werde auch keine weiteren Leistungen
mehr ausführen, weil die Befehung des Ruhr-
gebietes ungesetzmäßig sei.

Deutschland lasse sich sein Recht
nicht mehr beugen,
ohne sich dagegen zu wehren und
dagegen zu protestieren.

In dieser Auffassung sei ein großer alliierter Staat
mit uns einig; aber, so könne man nun fragen:
was tue England, um diese Rechtswidrigkeit
aus dem Wege zu räumen in einer Angelegenheit,
bei der die moralische Ehre aller Verbündeten en-
gagiert sei, und bei einem Vertrag, der doch aller
Unterschriften trage. Deutschland bestehe nicht
um Gnade, sondern es fordere sein Recht
aus dem Vertrag, ob dies nun in einem
Punkte für der gegen uns sei. Die Entschei-
dung darüber, ob Rhein und Ruhr zu Deutsch-
land gehörten, müsse bald fallen. Das wolle
die Regierung nicht für ihr Volk, sondern auch um
der Welt willen. Wenn man aus klar erkennbaren
Gründen wider auf französischer Seite den Ver-
such mache, Deutschland allein die Schuld am Welt-
krieg anzuhängen, so wisse er diese Kriegs-
schuldfrage mit aller Entschiedenheit zurück.
Deutschland habe seine Archive aller
Welt geöffnet und habe sich bereit erklärt,
sich einem internationalen Gerichtshof zur Beur-
teilung seiner Kriegsschuld zu unterwerfen. Wenn
alle ein so gutes Gewissen hätten wie Deutsch-
land, so sollten sie einmal das selbe tun.
Der Reichskanzler kam dann darauf zu sprechen,
daß man ihm in letzter Zeit öfters den Vorwurf
gemacht habe, er verführe un diplomatisch, weil er

Die Tätigkeit der Landesverräter.

Das Treiben in Gerolstein.

WTB Essen, 26. Okt. In Gerolstein hat der
Sonderbündler Hoppmann das Bürgermeistertum
und der Sonderbündler Rechtsanwalt Fintzen das
Landratsamt übernommen. Die Gewalt liegt
in den Händen des Selbstschußes,
der sich durchweg aus landfremden Ele-
menten und Erwerbslosen zusammen-
setzt. Die meisten Angehörigen dieses Selbst-
schusses sind bei der Reize tätig, und es liegen Be-
weise dafür vor, daß ein Teil von ihnen für die
geplante Aktion von der französisch-belgischen Re-
gierung beurlaubt worden ist. Auch im Gefolge ist
das Zusammenarbeiten der Beset-
zungsbehörden mit den neuen Gewalt-
habern überall festzustellen. In Gerolstein sind u.
a. zwischen dem Ortskommandanten und dem
Bürgermeisteramt Abmachungen getroffen worden
über Requisitionen; die vom Selbstschuß vorgenom-
men werden. Da insoweit das Fehlen von Geld-
mitteln Lösungen an die Aufführer nicht aus-
gezahlt werden können, sind überall Requi-
sitionen in großem Umfang vorgenom-
men worden, im besonderen in Spirituo-
sen, die in erheblichen Mengen requiriert wor-
den sind. In der Gegend von Rüm werden von
den Sonderbündlern besondere Requisitionen auf
Personen und Lastkraftwagen vorgenommen. Bei
den reichsten Kreisen besteht kein Zweifel,
daß das Unternehmen der Sonder-
bündler in der Eifel in absehbarer Zeit in
sich zusammenbrechen wird.

Wort paßt: Die Rede verberben den Brief-
büden wir nur eine Währung, die wirklich
einlagerns werkbildig ist, damit wir Brot
und Kartoffeln und Fett für unser hungerndes
Volk kaufen könnten! Das ist jetzt das A und O
aller Politik.

mit aller Deutlichkeit über den furchtbaren Ernst
der deutschen Lage sich geäußert habe. Demgegen-
über müsse er betonen, daß er sich allerdings vor-
genommen habe, lieber dem Volke die volle
A h r e i t zu sagen, als es in Illusionen
zu wiegen, aus denen es dann ein furchtbares Er-
wachen gebe. So müsse er auch heute sagen, daß
auf fremde Hilfe nicht zu rechnen

hätten. Das deutsche Volk stehe allein.
Es solle auch nicht bald nach dieser, bald nach
jener Hauptstadt schauen, als ob von dort Hilfe
kommen würde. Jeder deutsche Wiederaufbau
müsse vom stillen Empfinden des deutschen Vol-
kes ausgehen. Die Technik und die Wirtschaft
allein können uns nicht retten. Das Wichtigste sei
die Lust und die Freude an der Arbeit, und nur
die Pflichterfüllung könne uns zure-
tun. Und etwas andere tue not: in diesem Augen-
blick, wo Deutschland von außen so schwer be-
droht sei, sei nichts gleichgültiger und
unüberlässiger als Parteiprogramme.
Jetzt, wo die Karte im Dreieck stehe, sei nur der
Wahrheit national, der ohne Jögern mit zulaufe,
um sie aus dem Dreieck wieder herauszuführen, nicht
aber der, der dabei stehe und erkläre: Ihr seid nicht
die rechten Leute. Er sei gewiß ein alter Parla-
mentarier und wisse, daß es im politischen Streit
oft hart auf hart gebe, aber es könne nicht so weiter
gehen, daß die Leute, die ihr politisches Ansehen,
gar ihr Leben vielleicht auf Spiel gesetzt hätten,
als sie in die Regierung eingetreten seien, persön-
lich angegriffen und verunglimpft würden. Man
soll durch Märfkraft, das werde einst auf dem Le-
bensfeld des deutschen Volkes stehen, wenn es nicht
aus dieser Unmöglichkeit und Enge herauskomme. Es
sei auch ein unerträglicher Zustand, daß
in einem Augenblick, wo die deutsche Regierung
durch ihre diplomatischen Vertreter im Ausland
eine Erklärung habe erteilen lassen, daß die volle
Verantwortung für die zukünftigen Ereignisse im
Ruhrgebiet auf Frankreich lasse, innerpolitisch
sich ergaben. Nach den Besprechungen der
deutschen Ministerpräsidenten, die gestern in Ber-
lin stattgefunden hätten, hoffe er, daß das Miß-
verhältnis zwischen Bayern und dem
Reich zu Ende sei, und es sei selbstverständlich,
daß wolle er nachdrücklich betonen, daß in dem
Kampf um die Erhaltung der deutschen Walsch
die deutsche Reichsregierung Seite an
Seite mit Bayern stehe. Unter dem Schutz
französischer Gewalt könnten solche Dinge, wie in
der Walsch, nicht gemacht werden. Da müßten die
Bege gungen werden, die die Verfassung weise.
Gegen das innerliche, vertragswidrige Verhalten
des General de Reg in der Rheinpfalz
habe die deutsche Regierung bei Frankreich Pro-
test eingelegt und werde diesen Protest auch noch
bei allen übrigen Staaten einbringen. Die öffent-
liche Meinung der ganzen Welt müsse immer und
immer wieder auf diese Dinge gestochen werden.
Gebe es bei dieser furchtbaren ersten Lage noch eine
Möglichkeit, optimistisch zu sein? Man könnte da-
ran zweifeln, und doch wäre der Weg durch diesen
Dunkel der Gegenwart unmöglich, ohne einen
Glauben, der der Verge verfehlt, einen Glauben,
der an die Zukunft Deutschlands glaubt. Die
Weltgeschichte sei das Weltgericht. Sei Deutsch-
land still nicht groß genug gewesen, um sein
Schicksal zu wenden, wolle die Weltgeschichte wirt-
lich, daß Deutschland ein hungerndes Elendvolk
werde? Das wolle er nie und nimmer glauben.
Gewiß sei die Gegenwart Rot, Elend und Unter-
drückung, aber im Vertrauen auf eine bessere Zu-
kunft müsse die Gegenwart ertragen werden. Er
glaube an eine deutsche Zukunft, auf
die unser Vaterland ein Recht habe. (Langanhaltender,
brausender Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers sang die Ver-
sammlung das Deutschlandlied.

Auf verlorenem Posten.

WTB Bittich, 26. Okt. Die belgische Tele-
graphenagentur meldet: Die deutsche Polizei in
Aachen verhält unter der Kontrolle von belgischen
Gendarmen den Ordnungsdienst. In Aachen muß
die Lage der Sonderbündler als ver-
loren angesehen werden. In den anderen
Städten, wo die Rheinische Republik ausgerufen
wurde, mußten die Sonderbündler sich wieder zu-
rückziehen. Sie hatten sich noch in Monksau. Im
ganzen ist die Bewegung in der belgi-
schen Zone zur Zeit zum Stillstand ge-
kommen.

Feierlicher Protest der Aachener.

Samtliche Parteien, Behörden und Organisationen
Aachens haben eine Kundgebung gehalten, in der sie sich
klarstellig gegen das Treiben „Räuber und voll-
ständiger Geiseln“ wenden. Die erdrückende
Mehrheit der gesamten Bevölkerung der
alten deutschen Reichstadt, alle Reichs-
räte und Gemeindevorstände, alle politischen Parteien,
die in dieser Frage resolu einig sind, alle Kon-
fessionen und Volksgemeinschaften, die wirtschaft-
lichen und sozialen Organisationen, vor allem die Ar-
beiter- und Bauernschaft aller Richtungen sowie die
vereinigten Frauenvereine der Stadt erheben gegen die
drohende ungeheure Vergehung vor dem Ge-
sicht der gesamten Welt klammernden Pro-
test. Die Aachener richten diesen Protest auch an den
Völkerverbund.

Die Aachener Frauen an die Rheinland-Kommission.

Aachen, 26. Okt. Die Frauenverbände der
Stadt Aachen (Christenvereine, der Aachener
Frauenverbände, Katholische deutsche Frauenverbände,
Evangelische Frauenvereine, Bundes internationaler
deutscher Frauenvereine richteten einen Appell an die
Rheinland-Kommission.

in welchem es nach einer Darstellung der trostlosen Lage,
wie sie sich durch den Aufbruch der Sonderbündler heraus-
gelebt hat, u. a. heißt: Wir bitten den Herrn Delegierten
im Namen des Reichs und der Gerechtigkeit, die
Aachener Bevölkerung, die im Frieden leben will, gegen
diese Elemente zu schützen, und die auch von der Be-
setzungsbehörde anerkannte rechtmäßige Regierung in
ihren Bemühungen zur Wiederherstellung der früheren
Verhältnisse zu unterstützen.

Aachen, 26. Okt. Hier „regieren“ die Verräter noch.
Die Lage ist unänderlich. Die wieder erscheinenden Be-
setzungen müssen eine Bekanntmachung veröffentlichten, in
der gesagt wird, daß der französische Ober-
kommissar die Republik der Sonder-
bündler anerkannt (!) habe. Die Polizei ist noch
immer entwaffnet. Französische Patrouillen durchziehen
die Stadt.

Bayern und das Reich.

Kahr verhandelt nicht mit der gegen-
wärtigen Reichsregierung.

GA, München, 25. Okt. (Eig. Drahtb.) Die
München gilt heute die Lage als wesentlich be-
bessert. Es wird zugesagt, daß der russische
Spruch des General v. Loffow an die
anderen Kommandosstellen im Reich ohne die
Kenntnis verantwortlicher bayeri-
scher Staatsmänner geschehen ist und
weitere Mißbilligung gefunden hat. Anter-
seits ist man hier der Auffassung, daß die Re-
solutionsfrage, soweit sie den General v. Loffow be-
trifft, nicht von entscheidender Bedeutung für die
weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen
München und Berlin sein darf, vorausgesetzt, daß
auf beiden Seiten der Wunsch besteht, hieraus, vor-
 allem aus der Form, nicht eine Nachstrafe zu
machen. Der nächste Schritt müsse von der Reichs-
regierung ausgehen. Man hat hier den Eindruck,
daß sie bald mit konkreten Vorschlägen an Bayern
herantreten wird. Bis zur Stunde ist das ab-
schlags noch nicht geschehen.
Auf dem morgigen Parteitag der Bayerischen
Volkspartei wird, wie erklärt wird, die ver-
söhnliche Richtung die Oberhand behalten,
was wesentlich zur Entwirrung der Lage beitragen
könnte.

BB, Berlin, 26. Okt. (Drahtb.) Wie die
Blätter aus München melden, teilt das bayerische
Staatskommissariat mit: Die vielfach umlaufenden
Gerüchte, daß der Konflikt zwischen der bayerischen
und der Reichsregierung durch Vermittlung be-
stätigt werden soll, haben zu zahlreichen Anfragen an
den Generalkonsultationskommissar geführt. Herr v. Kahr
hat diese Anfragen dahin beantwortet, daß er
jedes Verhandeln in dieser Frage mit der gegenwärtigen Reichsregie-
rung ablehnt.

Die Reichsregierung gegen Kahr „Anmaßung“.

WTB Berlin, 25. Okt. Zu der Erklärung des Ge-
neralkonsultationskommissars, wonach er es ablehne, mit der
bayerischen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten,
wird mitgeteilt: Diese Erklärung ist praktisch
belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in
den Händen der bayerischen Staatsregierung, nicht in
den Händen von Kahr, der lediglich mit der Wahrnehmung
der Funktionen beauftragt ist, die sich aus der Verhängung
des Belagerungszustandes in Bayern ergeben. Um
unverantwortlich ist es, daß Herr von Kahr sich den
Wünschen der Reichsregierung, dem einmütigen Wunsch
der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten
ausgesprochenen Wunsch der bayerischen Staatsregierung,
die Einheitlichkeit zu sichern, durch sein Verhalten wider-
setzt. Sein Verhalten ist eine Anmaßung, die
in seiner Stellung keine Begründung findet und die die
Reichsregierung zurückweist.

Sächsische Regierungskommissare in Schutzhaft.

GA, Dresden, 25. Okt. (Eig. Drahtb.) Die
Reichsregierung hat mehrere Regierungskommissare
in Schutzhaft genommen, darunter den Leiter der politischen Polizei,
Regierungsrat Hauje, der im Verdacht steht, ein-
von der Reichswehr beabsichtigte Waffenbeschaffung
nach Dresden zu haben, daß er die Ver-
sicherung der Waffen vorher benachrichtigte. Wenn
wurden noch mehrere Beamte der poli-
tischen Polizei und der Polizeihauptmann
Reichel in Schutzhaft genommen.

Sächsische Aufständische in Hamburg verhaftet.

TU, Hamburg, 26. Okt. (Drahtb.) Hier ist
die Ruhe völlig wieder hergestellt.
Es steht immer mehr fest, daß dem Aufstand
wohlbedachter militärischer Plan zugrunde lag
und daß den Polizeibeamten in den aufgewachten
Schützengräben und hinter den Barrikaden nicht
etwa junge Burken gegenüber standen, sondern
kampfbereite Männer von dreißig bis vierzig Jah-
ren, und zwar, wie sich nach der Verhaftung zahl-
reicher Aufständischer ergeben hat, viele von aus-
wärts, besonders von Sachsen herangezogene
Männer, die vorsichtigerweise keine Ausweise be-
sahen, sich aber durch ihren Dialekt als Rich-
hamburger verrieten. In Altona ist eben-
falls die Ruhe wieder hergestellt.

Erklärung der Deutschnationalen.

BB, Berlin, 27. Okt. (Drahtb.) Die Deutschna-
tionalen haben eine Kundgebung gehalten, in der sie sich
klarstellig gegen das Treiben „Räuber und voll-
ständige Geiseln“ wenden. Die erdrückende
Mehrheit der gesamten Bevölkerung der
alten deutschen Reichstadt, alle Reichs-
räte und Gemeindevorstände, alle politischen Parteien,
die in dieser Frage resolu einig sind, alle Kon-
fessionen und Volksgemeinschaften, die wirtschaft-
lichen und sozialen Organisationen, vor allem die Ar-
beiter- und Bauernschaft aller Richtungen sowie die
vereinigten Frauenvereine der Stadt erheben gegen die
drohende ungeheure Vergehung vor dem Ge-
sicht der gesamten Welt klammernden Pro-
test. Die Aachener richten diesen Protest auch an den
Völkerverbund.

Die wir
„Sieh da“, mei-
er Schule —
Daneben gerate
mit den Schnabel
dem verhängnisvollen
stunde stinkt. Auf
licher Zurs. Kon-
stent überhaupt n
hens in die weitere
Ich will also
sondern mit in al-
nahelgebenden Rea-
tionstendenzen un-
schuldig unter
Verständnis haben
Die abgewiesene
schen Schule wert-
bomme. Deshalb
Brischalt hat sich
nicht standhalten.
Ich habe dabei gar
keine. Aber das
Wirtschaft mitzure-
simul nicht mehr
alle Deutschen ihre
Allo bitte!
Sie werden sich
im General-Anzei-
ger und Wirtschafts-
sina sechsechshun-
frage kommen.
samtlich entgegen
schmählich hatte
jmal auf Reich
verhand mit elf
Reichsblattnat.
hellen, fünfsechshun-
des-Rohstoffen.
Ich bin darauf
hingen. Das bür-
niedrige Ausmaß
neinmal nehm
Als ich nun von
hand und mir du-
Arbeit diese drei A-
inhalten wohl ge-
ich gleich, daß tra-
habe ich auch ge-
Hier liegt er:
Die Rohstoffwirt-
Jeder stud. rer.
Scheitert, daß das
daben abhandelt,
daß es darauf an-
daß jeder Verbrau-
bestimmt.
Meines Erachtens
schlag sein — Ich
Rohstoffwirtschaft
der Wirtschaft
Niederorganisation
Seite stellen. Da
Ansehnlich. Techni-
ins Leben zu rufen
Es ist nicht
brauende Familie
boten und Kultur
männliche Vorstan-
leitet ein Mitalie
Erneute treten strot-
verbraucherverband
diesel aufammen-
hand Tid oder „N-
Wird schon allerhan-
gewinnungen für
Stadt- und Landb-
dürfte gerade beu-
mache der Person-
geheimheiten dies-
Tätigkeit meiner D-
fer Ziele hatte un-
Die merken aber
Problem der Rohst-
Die Rohle würde
Über darüber wun-
Sachten Sie trob-
ren, denn liegt da
„Verlorenung“ son-
Abnen nicht ver-
Erwärmung selbst
— frei nach Gfhar
Mag der
Sach-Com

Lokales.

Wie wir ver-„loht“ werden.

„Sieh da“, meinen Sie, „da plappert einer aus der Schule —“
Daneben geraten! Ich werde mich schon hüten, mit den Schnabel zu verbrennen. Dazu gehört bei dem verhängten Ausnahmezustand wahrhaftig keine große Kunst. Und außerdem wäre das unverzeihliche Verbrechen, die Köstlichkeiten nicht zu verkosten. Die gehören höchstenfalls in die teure Margarine.

Ich will also nicht in großer Politik machen, sondern mir in aller Bescheidenheit erlauben, den maßgebenden Regierungsinstanzen einen Vorschlag hinsichtlich unserer banierbedingenden Volkswirtschaft zu unterbreiten, der, wie ich hoffe, auf volles Verständnis stoßen wird.

Die abgewirtschafteten Nationalökonomien der alten Schule werden fragen, wie gerade ich dazu komme. Deshalb ich nicht? — Meine eigene Wirtschaft mag vielleicht ihrer kritischen Prüfung nicht standhalten. Das stelle ich anheim. Uebrigens habe ich dabei gar nichts zu melden. Das ist meine Frau. Aber das Recht, in der öffentlichen Volkswirtschaft mitzureden, nein, das lasse ich mir nun einmal nicht nehmen. Dazu können bekanntlich alle Deutschen ihren Senf zumuten.

Also bitte!
Ich werden sich gerade so wie ich gestreut haben, im General-Anzeiger zu lesen, daß zur Errichtung und Verwaltung der Kohle nicht weniger als etwa sechshundert Organisationsgruppen in Frage kommen. Sollte diese Koalition Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein oder sollten Sie mich für schamlos halten, dann zähle ich sie gern noch einmal auf: Reichskohlenkommission, Reichskohlenverband mit elf Subdivisions, der reichsweite Reichskohlenrat, sechsundzwanzig Landesverbände, fünfsechshundert Orts-, Bezirks- und Landesverbände. Das ist wirklich kein Kohl —.

Ich bin daraufhin in meinen Kohlenkeller gegangen. Was übrigens höchst selten geschieht. Familiäre Auseinandersetzungen über diese meine Meinung gehören nicht herein.

Als ich nun vor meinem Häuschen überbrückte stand und mir durch den Kopf gehen ließ, welche Arbeit diese drei Reiter der beherrschenden Kohlenindustrien wohl gemacht haben müssen, da merkte ich gleich, daß irgendwo ein Fehler sein muß. Ich habe ihn auch gefunden.

Sie liegt er:
Die Kohlenwirtschaft ist zu schwach organisiert! Jeder stud. rer. pol. lernt doch schon im ersten Semester, daß das Geld in der Volkswirtschaft nicht davon abhängt, möglichst viel zu erhalten, sondern daß es darauf ankommt, die Ware so zu verteilen, daß jeder Verbraucher gleichmäßig wenig davon bekommt.

Meines Erachtens — und das soll mein Vorschlag sein — sollten wir den Fehler in unserer Kohlenwirtschaft dadurch am besten aus, daß wir die kundenorientierte Organisationsstruktur einer überorganisierten der Verbraucherkreise an die Seite stellen. Dann kommen wir zum richtigen Ausblick. Technische Schwierigkeiten, eine solche ins Leben zu rufen, wird es kaum geben.

Ich zitierte nur im roten: Jede kohlenspeichernde Familie, in der selbstverständlich Dienstboten und Kutscherfamilien bestanden und der männliche Vorstand beratende Stimme haben, delegiert ein Mitglied in den Hauskohlrat. Diese Kohlenrat treten stufenweise zu einem Kohlenratverbandsverband zusammen, der sich in Stadt-, Kreis- und Landesverbände gliedert. Dann haben wir schon allerhand beisammen. Managvolle Verhandlungen für die weitere zu organisierenden Stadt- und Landesverbände werden zu finden, dürfte gerade heute nicht schwer sein. Vielleicht macht der Personalrat in Beamtennennungsangelegenheiten dieselben Vorschläge? Ueber die Tätigkeit meiner Organe zu sprechen, würde an dieser Stelle heute zu weit führen.

Die meisten aber wohl, daß auf diese Weise das Problem der Kohlenwirtschaft gelöst werden kann. Die Kohle würde sich vielleicht etwas verteuern. Aber darüber wundern sich heute ja niemand mehr. Sollten Sie trotzdem in Ihrer Wohnung noch frieren, dann liegt das nicht an meinem Projekt der „Kohlrat“, sondern am Dollar. Den kann ich Ihnen nicht verschaffen. Dann helfen nur inneren Erwärmung schließlich die beheizungslosen Verle — frei nach Caesar Mailichen —

Mag der Dollar steigen oder fallen
Sob' Sonne im Herzen!

M.

Elberfeld, 27. Oktober.

eb. Der neue Ermäßigungsplan beim Steuerabzug. Die Verhältnisse, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungspläne beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vertrieben sind, betragen für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 3. November 6000.

— Kardinal Schule wird am 5. November hier in der Herz Jesu- und St. Josephs-Pfarrkirche sterben.

— Voricht für Autokäufer! Von französischen Automobilisten ist gestern in Radevormwald ein Automobil beschlagnahmt worden. Radevormwald war bisher unbefestigt und Kraftwagen nahmen ihren Weg infolgedessen vielfach durch jene Stadt. Die Automobilbesitzer seien hiermit gewarnt.

— Spielplan des Stadttheaters. Sonntag, 28. Okt., 7-9½ Uhr: „Börsefieber“ (Preisgr. 4). Montag, 6-10½ Uhr: „Figaros Hochzeit“ (Preisgr. 1). Dienstag, 7-10 Uhr: „Die Ballerina des Königs“ (A 6, Preisgr. 3). Mittwoch, 7-10 Uhr: „Eiga“ (C 6, Preisgr. 3). Donnerstag, 7-10 Uhr: „Der Richter von Zalamea“ (B 6, Preisgr. 3). Freitag, 6-10 Uhr: „Samstag, 8. November, 7-10 Uhr: „Amphibien im Juni“ (Preisgr. 1). Samstag, 7-10 Uhr: „Freie Volkst., Gruppe 4, kein Kartenverkauf.“ Sonntag, 3-6½ Uhr: „Figaros Hochzeit“ (Preisgr. 5). 7-10 Uhr: „Die toten Augen“ (Preisgr. 5).

Barmen, 27. Oktober.

b. Einrichtung von Volls- und Kinderleistungen. — Ausgabe von Gasguthaben an Bedürftige. Außer der bereits mitgeteilten Gasabverbilligung und der ebenfalls in der

Durchführung begriffenen Milchverbilligung sowie der demnächst eintretenden Brotverbilligung ist von der Stadtverwaltung eine Vollspeisung eingerichtet worden. Es werden zunächst in der Küche Seibterstraße 10 verschungsweise 500 Portionen schon am Montag, 29. d., in Langerfeld, evengel. Jugendheim am Seibter, voraussichtlich 100 Portionen zubereitet werden, die von Bedürftigen am Montag zwischen 12 und 2 Uhr abgeholt werden können. Jede Person muß ein Gefäß mitbringen. Bis nähere Erfahrungen über den Umfang der Benutzung und die soziale Zusammensetzung der die Küche benutzenden Personengruppe gesammelt sind, wird zur Deckung der größten Unkosten ein Betrag von 800 Millionen Mark erhoben, der von jedem Empfänger bei der Abholung der Speisen in bar zu entrichten ist. Auf Grund der Erfahrungen der ersten Tage soll auch feststehen, ob an besonders bedürftige Familien späterhin erfolgen. Ebenso wird eine Vermehrung der Portionenzahl bei entsprechender Benutzung sowie im Bedarfsfall eine Ausgabe von einigen hundert Portionen in der Küche des städtischen Krankenhauses erfolgen können. Es wird erwartet, daß besonders in den ersten Tagen nur wirklich bedürftige Personen sich der Neueinrichtung bedienen und weniger Bedürftige in gebührender Rücksicht auf ihre schlechteren Verhältnisse fernbleiben, bis ein besonderes Ausweisverfahren eingeführt ist. Außerdem wird aus besonderen Lebensmittelfürsorgen der Stadt in nächster Zeit eine Speisung der bedürftigen unterernährten Schulkinder stattfinden, durch die zunächst für die Zeit von drei Wochen 4000 Kinder täglich ein Kalorienreicheres und Brötchen erhalten. Der erste Tag der Ausgabe steht noch nicht fest, da die Beschaffung eines Teiles der Lebensmittel noch erfolgen muß.

Die besonders bedürftigen Familien der Erwerbslosen, Vorkursunterstützungsempfänger, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie Klein- und Sozialrentner erhalten von ihren Unterhaltungsabteilungen Gasguthabene, die je nach dem Grade der Bedürftigkeit zum Belege von 10 bis 15 Alm. Gas je Monat zur Hälfte des Preises berechnen, so daß bei der regelmäßigen Einziehung der Gaspreise durch das Gaswerk der Unterhaltungsabteilungen nur die Hälfte des Preises in bar zu entrichten hat.

b. Der Barmer Gaspreis. Die Preispolitik der Verwaltung des städtischen Wasser- und Lichtwerkes ist, wie bekannt, in der letzten Zeit in der Bürgerchaft viel und scharf kritisiert worden. Nicht nur der hohe Preis, der für Gas erhoben wurde, gab hierzu Anlaß, sondern auch gewisse Umstände, die sich bei der Einföhrung des Gaspreises zeigten und die scheinbar Nachteile für den einen oder anderen Gasverbraucher im Gefolge hatten, trugen hierzu bei. Sie veranlassen schließlich die Verwaltung, die Vertreter der Presse gestern zu einer Besprechung einzuladen, in der die verschiedenen Fragen eingehend erörtert wurden. Aus den Mitteilungen des Stadtbaurats zur Rieden und dem vorgelegten Informationsmaterial ging hervor, daß selbst der jetzige hohe Gaspreis nicht die Selbstkosten der Stadt deckt, sondern, daß die Werke, die früher einen großen Ueberschuß abwarfen, nach hohen Zuschüssen erforderten. Die Selbstkosten stellen sich zum Beispiel vorgerstern auf 82 Goldpfennig pro Kubikmeter, der Verkaufspreis aber nur auf 66 Goldpfennig. Der hier festgelegte Grundpreis von 16 Goldpfennig je Kubikmeter ist bis heute noch nicht erhoben worden, abgesehen von wenigen Tagen, an denen für Gaswerkmärkte dieser Preis festgesetzt war. Von Interesse war, daß seit Jahren in Deutschland keine zweite Stadt sich befindet, die den niedrigen Gaspreis hat wie Barmen. Selbst die nächste Nachbarstadt macht davon keine Ausnahme. So wurde am Donnerstag hier ein Gaspreis von 13 Milliarden erhoben, während am gleichen Tage der Preis in Elberfeld 19 Milliarden betrug. Die Ursache des hohen Gaspreises liegt in erster und letzter Linie an den außerordentlich gesteigerten Kohlenpreisen, die sich heute etwa 2½ mal so hoch stellen wie in der Vorkriegszeit (32,50 Goldmark, früher 13-14 Goldmark). Die hier für von den Kohlenbesitzern gewöhnlich angeführte Verknappung der Arbeitszeit und dadurch bedingte Minderförderung an Kohlen rechtfertigt bei weitem nicht diese außerordentliche Preissteigerung. Würde es gelingen, die Kohlenpreise annähernd auf die früheren Friedenspreise zurückzuführen, so würde nicht nur der Gaspreis sehr erheblich ermäßigt werden können, sondern der ganzen deutschen Volkswirtschaft wäre damit viel gewonnen. Leider ist bei der Zusammenlegung des Reichskohlenrates, der die Kohlenpreise festsetzt (ein Drittel Kohlenbesitzer, ein Drittel Bergarbeiter-Vertreter und ein Drittel Verbraucher-Vertreter), auf ein Entgegenkommen in der Preisfrage von dieser Seite aus nicht zu rechnen. Die Interessen der Kohlenbesitzer und der Bergarbeiter gehen hier zusehendermaßen Hand in Hand — die Verbraucherbedürfnisse werden überhört. So sind die Ausgaben in der Preisgestaltung für Gas sowohl wie für elektrischen Licht- und Kraftstrom nach wie vor nicht ersichtlich. Den Gasverbrauchern kann daher nur empfohlen werden, sich möglichst mit Gasguthaben einzudecken, um von den etwaigen weiteren Preissteigerungen, die bei fortwährender Geldentwertung unausweichlich sind, nicht allzu schwer getroffen zu werden. Für bedürftige Familien ist, wie schon mitgeteilt, eine Verbilligung des Gases bereits von zuständiger Seite beschlossen worden. Günstigere Mittelungen konnte Stadtbaurat zur Rieden bezüglich des Geldwertes des Gases, der in der letzten Zeit viel zu wenig abgetragen haben, machen. Es wird voraussichtlich von der nächsten Woche an wieder in besserer Beschaffenheit geliefert werden können.

b. Jubiläum. Ihr 25jähriges Jubiläum feiert heute Hl. Helene in Radevormwald. Telegrafische Gratulationen.

b. Spielplan des Stadttheaters. Sonntag, 28. Okt., 6-10½ Uhr: „Königsfinder“ (Preisgr. 5). Montag, 6-10½ Uhr: „Geflohen“ (Preisgr. 5). Dienstag, 6-10½ Uhr: „Die verkaufte Braut“ (A 6, Preisgr. 5). Mittwoch, 6-10½ Uhr: „Die Ballerina“ (C 6, Preisgr. 5). Donnerstag, 6-10½ Uhr: „Der Wildschütz“ (E 6, Preisgr. 4). Freitag, 6-10½ Uhr: „Riba“ (Preisgr. 1). Samstag, 6-10½ Uhr: „Freie Volkst., Gruppe 3, kein Kartenverkauf.“ Sonntag, 3-6½ Uhr: „Die toten Augen“ (Preisgr. 5). 7-10 Uhr: „Die Ballerina des Königs“ (Preisgr. 4).

b. Festliches Gedenken. In der Gedächtnisfeier wird das Gedächtnis des 25. Jahrestages der Gründung der Stadt Barmen gefeiert.

abend vor dem Rathaus aus dem Gebäude der Konfordia ein Rauch abgegangen worden sei. Es ist, wie uns mitgeteilt wird, einwandfrei nachgewiesen, daß die Räume der Konfordia infolge der letzten Vollständigen geschlossen waren. — Der Beamtenauschuss der Stadtverwaltung hat sich am Montag, 29. d., im Rathaus getroffen und hat die Angelegenheiten der Gruppe Personen, die auf dem Dach des Rathauses geschlafen haben, das Abblenden der Räume erregt; aus diesem Grunde sind die städtischen Beamten gegen die städtischen Beamten gefahren. Als Vertreter der städtischen Beamten sind wir uns darüber verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es sich bei den Personen auf dem Rathausdach nicht um städtische Beamte gehandelt hat. Die städtischen Beamten hatten am Montag durchgehenden Dienst und haben sich daher zur Zeit der Annehmungen nicht mehr im Rathaus befunden.

Letzte Telegramme.

Doppelte Preisberechnung und Einzeige

GA Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Durch die Ausgabe der Goldanleihe, die Rentenmark und Dollarkaufanweisungen sowie durch den Umlauf des Papiergeldes ist es notwendig geworden, daß ab Montag, den 29. Oktober, im Lebensmittelhandel doppelte Preisberechnung und Auszeichnung angewandt wird. Die Händler sind verpflichtet, die Preise für die Waren sowohl in Papiermark wie auch in Goldmark anzugeben. Die Rentenmark und die Goldanleihe wird überall als Zahlungsmittel Gültigkeit haben; auf der anderen Seite behält das Papiergeld bis auf weiteres seine Gültigkeit. Maßgebend für das Substitut ist, daß der Handel bei Dollarkaufanweisungen und Goldanleihe bis zum Mittag des laufenden Tages den amtlichen Kurs vom Tage vorher annehmen muß; in den Nachmittagsstunden ist dagegen der mittlere herauskommende amtliche Kurs des laufenden Tages gültig. Die doppelte Preisberechnung greift Platz für folgende Lebensmittel: Fett, Speck, Teigwaren, Mühlenfabrikate, Gebäck, Obst, reine Kolonialwaren wie Kakao, Tee, Kaffee, Marmelade usw. Für frisches Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eier bleibt bis auf weiteres die Zahlung in Papiermark noch bestehen.

Ausgabe der Zwischenscheine

Der Goldanleihe.

GA Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Ausgabe der kleinen Zwischenscheine der Goldanleihe zu einem Zehntel, einem Viertel, einem Drittel und einem Fünftel Dollar hat bereits begonnen, doch reicht die verfügbare Menge bei weitem noch nicht aus, um die Nachfrage zu befriedigen. Die einzelnen Werte dieser Zwischenscheine sind nicht sofort an den Schaltern der Reichsbank käuflich. Das Geld muß zwar heute eingezahlt werden, die Scheine werden erst Montag geliefert, um zu verhindern, daß die Spekulation sich der Goldanleihe bemächtigt, die Scheine zum aktiven Kurse kauft und sie zu einem höheren Kurse am selben Tage verkauft.

Wertbeständige Briefmarken.

GA Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Postverwaltung beschäftigt sich, wie die „D. Z.“ erklärt, mit der Herstellung wertbeständiger Briefmarken. Am 1. Dezember wird voraussichtlich eine wertbeständige Marke über 10 Rentenpfennige ausgegeben. Weitere Werte sollen unmittelbar folgen.

Frankösishe Stimmen

zum Sachverständigenauschuß.

GA Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Zustimmung Frankreichs zur Prüfung der deutschen Reparationsfähigkeit durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigen-Ausschuß wird von den Pariser Blättern in großer Aufmerksamkeit wiedergegeben. Einige Zeitungen haben dabei hervor, daß Poincaré auf seine bisherige Parteipolitik verzichte und damit ein wichtiges Augenmerk gemacht habe. Die vom Quai d'Orsay informierten Blätter sind aber vor allem bemüht, das Substitut davon zu überzeugen, daß es sich keineswegs um einen Bericht auf die Grundfrage der französischen Politik handle, und daß alles, was die Reparationskommission beschließen wird, den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen. Die regierungsfremde Presse lenkt weiter großen Wert darauf, zu versichern, daß Frankreichs Zustimmung zu dem Sachverständigen-Ausschuß schon vor der Rede Baldwin beschlossen war.

Landen greift Poincaré wegen seines Entschlusses in einem Leitartikel heftig an. Er versichert, es handle sich einfach um die Rückkehr des Bankrotkommissars, das schon im Mai 1922 in Paris geteilt habe. Nach Landen war die ganze Ruhrbesetzung überflüssig, wenn sie Frankreich nur zur Lage vom Frühling vorigen Jahres zurückführt. (Landen kann sich beruhigen, die Kompetenzen des Sachverständigen-Ausschusses sind demnach eingeschränkt, daß nichts dabei herauskommen wird.)

Amerikanischer Weizen auf Kredit

für Deutschland?

WTB Washington, 26. Okt. (Funkdruck.) Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten, Coolidge, den Plan eines Verkaufs von 50 Millionen Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungsschwierigkeiten zu helfen. Die Getreidehändler befürworten, daß der Kauf dieser 50 Millionen Bushels durch Wechsel gedeckt, die von der Kriegsinventarisation ausgestellt werden sollen. Deutschland werde eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vorgehen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Die Bombe des Herrn von Rahr.

GA München, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Die Telefonin hatte aus Berlin berichtet, daß gegenüber dem Sonderparlament Rahr über Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung

An unsere Bezieher!

Der General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen kostete vor dem Kriege monatlich nur sechs Mark Pfenning.

Heute werden für die Zeit vom 29. Oktober bis 2. November einschließlich elf Milliarden Mark dafür gefordert.

Ist das teuer?

Die kurze Antwort darauf: Nein!

Zum Beweise dafür frage sich der Leser nur: Was kann man heute für elf Milliarden Mark anderes kaufen, das einen gleichen Wert darstellt wie eine gute Zeitung, die Tag für Tag dem Abonnenten in die Wohnung gebracht wird? (Stichwort: Neben der Uebersetzung aller Tagesereignisse, der Befriedigung der politischen wie der wirtschaftlichen Entwicklung und einem fesselnden Stoff auf allen Gebieten, Tag für Tag eine Fülle unschätzbaren, scharfsinniger und anregender, mit deren Befolgung der Leser oft an einem einzigen Tage mehr Geld spart, als der General-Anzeiger den ganzen Monat hindurch kostet.)

Warum wurde die Zeitung vor dem Kriege gewissermaßen verschwendet?

Das war möglich, weil die Herstellungskosten durch die Anzeigen gedeckt wurden, die damals einen weit größeren Umfang hatten als heute. Seit Jahren sind diese wegen des großen Warenmangels und des gewaltigen Rückganges der Erzeugung nach und nach sehr hart zusammengeschrumpft. Dagegen aber sind die Herstellungskosten der Zeitung bedeutend gestiegen, in der Hauptsache deshalb, weil alle Materialkosten weit über dem Goldmarkpreis stehen. Sie müssen aber in erster Linie aus den Bezugsgebühren gedeckt werden.

Zum Interesse einer künftigen Weiterlieferung des Blattes bitten wir unsere Bezieher, die Bezugsgebühren mit passenden, möglichst großen Geldscheinen beim erstmaligen Vorzeigen der Zeitung zu zahlen.

Verlag des General-Anzeigers.

abgelehnt hat) tatsächlich zwischen den Berliner

amtlichen Stellen und dem Ministerpräsidenten Dr. von Brüning durch den Befehl von Preger Verhandlungen geschlossen worden sind. Dazu erfahren wir, daß Preger nicht im Auftrag Bayerns, sondern auf eigene Faust vorgegangen ist. Da er damit im Sinne der Staatsregierung, wenn auch noch nicht im Auftrag, gehandelt hat, ist um so eher anzunehmen, als tatsächlich die getriggerte Erklärung des Herrn von Rahr wie eine Bombe in die beruhigtere Stimmung hineinplatzt und in den leitenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei und damit auch bei der Staatsregierung Befremden und Widerspruch hervorruft.

Massenausweisungen von Juden und

Ausländern aus Bayern.

GA München, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Durch Bestimmung des Generalstaatskommissars hat die bayerische Polizeidirektion einen größeren Anzahl von Juden den Ausweisungen befohlen. Diese Leute müssen innerhalb eines Tages Bayern verlassen. Die Ausweisungen wurden notwendig deshalb erlassen, weil sich unter den Juden schädliche Elemente befinden, die in der Regel völlig nutzlos nach München kamen und sich durch Schleichungen, Diebstahl, Betrug, Verurteilung und unantastbare Geschäfte eine große Vermögen erworben haben und nun herrschaftliche Wohnungen, Autos usw. besitzen. Es befinden sich unter den Ausgewiesenen auch Juden, die schon seit langem und mehr Jahren in München ansässig waren. Die Ausweisung hat nicht allein Juden, sondern auch sonstige jüdische Ausländer betroffen. Es hat weitere drakonische Maßnahmen gegen solche Ausländer und Wucherer in Aussicht genommen, darunter auch die Todesstrafe. Durch die Ausweisungen werden schon eine Reihe bayerischer Wohnungen für den Wohnungsmarkt frei. Wie man weiter hört, soll die Ausweisung auch im Zusammenhang mit der Beschaffung eines großen Zahl kommunikativer Führer, die in einem Vorhaben eine geheime Versammlung abgehalten hatten, stehen.

Der „Oberbefehlshaber

der Rheinarmee“ geschnappt.

WTB. Neuch, 26. Okt. (Drahtber.) Im Laufe der Nacht wurde der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, Seiner, der sich mit einem Begleiter im Auto auf der Durchreise von Dillingen nach Barmen befand, hier festgenommen. In seinem Besitz wurde umfangreiches Material, das ihn des Landesverrats sowie einer Reihe anderer Straftaten überführt, vorgefunden.

Das Urteil

im Rührer-Rückführprozeß.

GA. Rotterdam, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Heute vormittag 10½ Uhr erfolgte die Verurteilung des Urteils im Rührer-Rückführprozeß in öffentlicher Sitzung, während die Verhandlung wieder in geheimer Sitzung erfolgte.

Wegen Hochverrats wurden verurteilt unter Zustimmung mildernder Umstände: Major Buchruder zu 10 Jahren Gefängnis; Major Herzer zu 2½ Jahren Gefängnis. Beiden Anklagen wurden drei Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. Sie bleiben in Haft.

Die übrigen Angeklagten wurden wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt.

Der griechisch-Russische

Krieg.

GA. Paris, 27. Okt. (Eig. Drahtber.) Wie aus Athen gemeldet wird, haben die griechischen die Regierung von Serbien über Schritte und sind im Unmut auf Europa an der nördlichen Küste. Die Regierungstruppen haben sich die Unterstützung der Flotte gesichert und marschieren den griechischen entgegen.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Südtirol — das italienische Ruhrgebiet.

Von unserm Wiener Berichterstatter.

„Und wie er sich räuspert und wie er spricht, das hat er ihm gründlich abgeguckt“, nämlich Mussolini dem Boicard. Rüdichten internationaler Politik sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch Italien in der wirtschaftlichen und politischen Bedrückung des ihm ausgelieferten deutschen Volks, teils Frankreich in seiner Weise nachzieht. Von Südtirol ist jetzt im Deutschen Reich und auch in Österreich recht wenig die Rede. Und doch ist das Los unserer deutschen Brüder im berückten Gebiet noch trauriger als das in den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr. Das offizielle Italien drückt, der Faschismus brüht, und wenn wieder einmal in Kleinasien oder am Balkan etwas nicht ganz nach dem Wunsch der Eschaburisten geht, dann läßt man sein Mitleid an den Deutschen in Südtirol. Und so geht es schon lange Jahre hindurch. Das italienische Ruhrgebiet ist schon mit dem Waffenstillstand vom 3. November entstanden.

Eine Zeit unergieblichen Selbstmitleids bilden diese fünf Jahre. Und wenn einmal den Städten an der Ruhr und am Rhein ein Vorbeerkranz nationaler Ausdauer gewunden werden sollte, dann dürfte man auch der Stadt Bozen nicht vergessen. Es kamen die Oktobertage des Jahres 1922, in denen man Bozen einer jüdischen Kuppelbande preisgab, das Rathaus stürzte und den Gemeinderat aufhob, den deutschen Kindern die mit deutschem Gelde erbaute, von deutschem Fleiß und Sinn zeugende Schule nahm. Mit deutschen Steuergebern wird ganz nach Belieben oeskalat und gewaltet, das Stadttheater, das laut seiner Inschrift der deutschen Kunst gewidmet war, wurde einer italienischen Firma ausgeliefert, das Stadthotel und die Bürgerhäuser italienischen Händen übergeben, das deutsche Museum, das dem Museumsverein gehört, zu einem italienischen gestempelt, indem man anordnete, daß alle Schaupläter nur italienische Aufschriften tragen, daß die Aufschriften der Stadt zweisprachig seien, langgelebte Magistratsbeamte verlor und dafür italienische umständliches Geld angefordert wurden, daß in den verschiedenen Aemtern italienische Beamte ernannt wurden, die die Deutschen nicht mäßig sind, daß Eingaben, die in deutscher Sprache abgefaßt waren, nur aus diesem Grunde zurückgewiesen wurden.

Und welcher Spott: man wußte die deutschen Beamten, den jüdischen Syndikaten beizumischen unter Androhung ihrer sofortigen Entlassung. So erhielt das jüdische Syndikat am 21. Juni 1923 einen Hunderlaß an die deutschen Beamten, daß sie auf Wunsch des Ministerpräsidenten Mussolini den jüdischen Syndikaten anzugehören hätten, widrigenfalls sie nicht nur nicht als Beamten hätten von der neuen Regierung, sondern der Gefahr ausgesetzt würden, in den nächsten Monaten mit kleiner Pension oder Abfertigung entlassen zu werden. Ja, der Unterpräfekt von Bozen meinte einem Redakteur einer deutschen Südtiroler Zeitung gegenüber, die deutschen Blätter sollten doch zweisprachig erscheinen.

Die Regierungsmassnahmen von Bozen wurden nach nicht allzulanger Zeit allenthalben angewendet. Richter wurden entlassen, weil sie den Organen der Regierung nicht reiflos zu Willen waren. Bürgermeister aus demselben Grunde ihres Amtes entbunden, die Gemeinderäte aufgelöst — ohne rechtliche Gründe. Gemeinden, in denen kein einziger Italiener war und niemand Italienisch verstand, wurden gehalten, nur in italienischer Sprache mit der vorgeordneten Behörde zu verkehren, ja selbst dann sich der italienischen Sprache zu bedienen, wenn sie an eine andere rein deutsche Gemeinde schrieben. Man ging so weit, daß man selbst in kirchliche Rechte eingriff und dem Dekan von Kastelruth, einer rein deutschen Ortschaft, den Bescheid erteilte, in italienischer Sprache zu predigen.

Die deutschen Schulen der allen Deutschen aus ihren Sommerferien nach Südtirol wohlbelannten Orte Neumarkt, Truden, Altrei, St. Feltz, Unserer liebe Frau im Walde, Laurein wurden geschlossen, obwohl in vielen dieser Gemeinden sich nicht ein einziger Italiener befand. So trat man das in allen europäischen Ländern anerkannte fundamentale Prinzip, daß jede Familie ihre Kinder in der Muttersprache erziehen lassen dürfe, mit Füßen, raubte den Eltern ihre eigenen Kinder, die nun von Fremden in fremdem Geist erzogen werden, daß Kind und Mutter sich nicht mehr verstehen.

Nicht einmal vor den Tiroler Selben und Künstler hat man halt gemacht. Zwar hatte der italienische König bei seinem Besuche des Landes im Jahre 1921 das Haus des Nationalhelden Andreas Hofer persönlich besucht und durch diesen Besuch ihm und seinem Volke seine Ehrung bezeugt. Nun befahl man, alle Bilder des Andreas Hofer und seiner Nachkommen aus den Schulen zu entfernen, das Andreas-Hofer-Lied wird unterdrückt, das in der ganzen Welt bekannte Denkmal des Tiroler Minnesängers Walter von der Vogelweide beschmiert und dessen Entfernung gefordert, daß von der Bevölkerung von Südtirol errichtete Denkmal der heimischen Helbin Karolina Lang, des bekannten Mädchens von Spingee, aus der Heimat entfernt und dem Museum in Rovereto einverleibt. Selbst jene Helben, welche im Weltkrieg ihr Blut für die Heimat vergossen haben, dürfen nicht mehr rühmend genannt, alles, was sie zu Helben stempelt, muß von den Inschriften auf den Gräbern entfernt werden.

So trifft die Deutschen südlich des Brenner Schicksal auf Schlag. Die Söhne wurden in die Arme geschickt, selbst die Kinder den Eltern entzogen, und trotzdem stehen sie, die Mütter angefaßt, in harter Arbeit, am Felde, ringen dem Boden seinen Ertrag ab, tragen und tragen. Namenlose Helben, deren Selbstmord sicherlich um nichts leichter wiegt als das der Besten am Rhein und an der Ruhr.

Dr. Ernst Riefler.

Die Wetteraussichten des bevorstehenden Winters.

Von Dr. R. Hennig.

Fast ohne Kohlen, bei unerschwinglichen Kohlenpreisen acht Deutschland, das kohlentreichste Land Europas, in einen neuen Winter hinein, der an Entbehrungen aller Art unzweifelhaft noch viel mehr als alle seine Vorgänger dem Lande zuzumuten wird. Millionen fragen im Hinblick auf ihre persönlichen oder gänzlich mangelnden Brennstoffvorräte in schwerer Sorge: wie lange werde ich damit reichen, und was für einen Charakter wird der Winter 1923/24 bringen, von dessen Launen der deutsche Mensch sich seit ungezählten Generationen nicht mehr so abhängig gefühlt hat wie gegenwärtig?

Versucht man es, sachmäßig dem schweren Problem entgegenzutreten, ob eine allgemeine Vorhersage der Witterung für die bevorstehende kalte Jahreszeit möglich ist, so muß von vornherein betont werden, daß eine solche Prognose unter gar keinen Umständen zu geben ist. Im Gegensatz zu den Hunderten von Laien-Wetterpropheten, die für jede Woche, vielleicht gar für jeden Tag, auf viele Monate im Voraus die Witterung mit um so größerer Bestimmtheit vorhersagen zu können pflegen, ist unwissenschaftlicher und wertloser ihre Methoden, wie jeder jeder Sachmann, daß eine sichere Wettervorhersage schon auf mehr als drei Tage nur in den allerbesten Fällen möglich ist. Wenn trotzdem der Versuch gemacht werden kann und darf, einer ganzen Jahreszeit vorher in die Karten ihrer Witterung zu gucken, so bietet sich als einziger, freilich nur sehr bedingter Anhalt die Erfahrung der Witterungsgelehrten, daß die strengen und die milden Winter, die heißen und die kühlen Sommer in einer gewissen Regelmäßigkeit miteinander abzuwechseln pflegen. Daraus kann man,

freilich nur mit allerhand Vorbehalten, einen gewissen Rückschluß auf die Witterung bevorstehender Monate ziehen und eine Prognose aufstellen, die gewiß nicht auf Sicherheit, wohl aber auf eine gewisse Wahrscheinlichkeit Anspruch machen kann.

Der hinter uns liegende Sommer 1923 war nicht allzu charakteristisch. Abgesehen vom Juni mit seiner völlig extremen, noch nie dagewesenen Kälte war der Sommer unregelmäßig. Große Hitze gab es nur in der kurzen Zeit vom 6. bis 15. Juli, nachdem es bis zum 2. Juli ganz unregelmäßig und anhaltend fast gemäßig war. Nach Mitte Juli herrschte ausgeprägter Witterungscharakter: der Sommer war weder kalt noch warm, weder sonnig noch trübe, und da die ergebigen Gewitterregen selten waren, ergab sich an den meisten Stellen des Landes (was vielfach überraschend wird) ein Zurückbleiben der Niederschlagsmengen hinter dem Durchschnitt.

Die Erfahrung lehrt nun, daß auf einen so wenig charakteristischen Sommer selten ein Winter von ausgeprägter Eigenart folgt. Den strengen Wintern geht nahezu immer entweder ein besonders heißer Sommer (z. B. 1911) oder aber ein extrem kühler (z. B. 1902, 1916) voraus; die besonders milden Winter folgen andererseits gern, wenn auch nicht immer, auf niederschlagsreiche Sommer (z. B. 1903, 1910, 1919, 1922). Hieraus kann man bereits den Schluß ziehen, daß uns ein harter Winter zwar wirtschaftlich sicher, aber meteorologisch schwerlich bevorsteht. Wirkliche kalte Winter pflegen im größeren Teile Deutschlands nur durchschnittlich alle fünf Jahre einmal aufzutreten, und da in den letzten zwei Jahrzehnten diese Abstände lediglich fünfmal gewahrt wurden (kalte Winter 1908/09, 1911/12, 1916/17, 1921/22) und somit der vorliegende Winter als ein überaus mäßig kalter angesehen werden mußte, so ist auch aus diesem Grunde die Wahrscheinlichkeit nicht groß, daß der Winter 1923/24 sich durch Kälte und Schnee auszeichnen wird. Daß er trotzdem wie jeder Winter, selbst der mildeste, einzelne längere Frost- und Schneeperioden bringen wird, ist so gut wie sicher, denn es liegt auch umgekehrt kein Anzeichen vor, das auf einen besonders milden und weichen Winter schließen läßt. Das ist vielleicht sogar kein Fehler, denn die abnorm warmen Winter sind so gut wie immer auch regen- und sturmreich, und heftige Luftbewegungen läßt oft bei milden Wintern Temperaturen die Kälte der Jahreszeit, zumal im Laufe, mehr empfinden als ruhiger, leichter Frost und schont jedenfalls die Heizvorräte nicht mehr.

Es spricht demnach vieles dafür, daß wir einen schlechten, rechten Durchschnittswinter ohne besondere Eigenart entgegensehen, wie es nach einem wenig charakteristischen Sommer von jeher üblich gewesen ist. In diesen Durchschnittswintern pflegt das Tauwetter, und zwar zum Teil trübes und leichtes Tauwetter, hart zu überwiegen, doch fehlt es auch nicht an wiederholten, kurzen Kälteperioden, und selbst strenger Frost bleibt an einigen wenigen, vereinzelten Tagen kaum jemals ganz ausgeschlossen, ebenso wenig natürlich ein paar kräftigere Schneefälle. Immerhin dürften solche winterlichen Vorstöße Epochen bleiben, und wochenlange Kälteperioden sind wohl ebenso wenig zu erwarten wie eine langandauernde Schneedecke (außer in den Gebirgen). — Das eine aber ist gewiß: mag der Winter werden, wie er will, die Heiznot und die furchtbare Feuerung der Heizstoffe werden wir alle in jedem Falle in drückender Weise zu spüren bekommen!

(k.)

Die Gebirge wandern? Der amerikanische Geologe Universitätsprofessor Willies, der von einer Reise nach Südamerika zurückgekehrt ist, veröffentlicht das Resultat seiner Forschungen und Studien. Dabei machte er die Feststellung, daß sich der richtige Gebirgszug der Anden seit einem Jahrhundert um zwei Meter nach Westen verschoben hat. Die Berge von Kalifornien befinden sich seiner Beobachtung nach in einer Abweichung nach Norden.

Sonntagsgedanken.

Ein Fenster offen.

Von
Reinhold Braun.

Man muß immer irgendwo ein Fenster nach Jerusalem offen haben, hat einmal ein frommer Mensch gesagt. Es kann auch eine bescheidene Dachluke sein, wodurch man den herüberschimmernden Firmament der Höhen erblickt oder — im feinsten Besitz — sich freut an der trostvollen Nähe „der Berge, von welchen uns Hilfe kommt“.

Friedrich Schöndard.

Zu den Gefangenen eines großen Gefängnisses hatte ich gesprochen. Etliche der Gefangenen hatten mich durch die Gitter um einen Besuch in ihrer Zelle gebeten.

So stand ich auch in der Zelle eines gebildeten Mannes, der aus Rot Gelder, die ihm anvertraut waren, angegriffen hatte. So ist es oft im Leben. Man glaubt Trost bringen zu dürfen und geht selbst als der Getrübte und Besessene von dannen. Diesmal war es ein Fenster, das Trost gab und von dessen Trostlosigkeit der Gefangene berichtete. Er erzählte davon, was ihm dieses vergitterte Fenster und der Himmel dahinter gewesen sei. Durch das Fenster kamen erst Farben in den göttlichen Glanz seiner Sonne und in die Wirklichkeit seiner Sterne. Der Gefangene sagte, wenn das Fenster nicht gewesen wäre, er all die qualvollen Stunden nicht hätte überleben können. Und wenn er aus dem Gefängnis wieder heraus sei, dann wolle er alle, die ihn noch lieb haben und die ihn begreifen, lehren, in die Wunderbarkeit des Himmels zu schauen.

Jüngst stand ich in dem Zimmer eines Landhauses. Das Zimmer gehörte dem studierenden Sohne des Hauses. Sein Schreibtisch stand unter einem Fenster, das manns hoch über dem Tische angebracht war. Ich wunderte mich über das seltsame Fenster. „Ja“, sagte er, „das ist schon so mit dem Fenster... Ich werde durch den Blick auf das Treiben der Straße nicht abgelenkt. Ich sehe sozusagen die Tiefe nicht. Aber schauen Sie, den sieben Himmel sehe ich und drüber die oberen Teile der Berge und meiner geliebten Wälder. Und das ist halt genug, und ist das Schöne, was ich sehen kann.“ Ich selbst habe dann oft und lange unter dem Fenster gesessen und in das Spiel der fegenden Wolken geschaut und weiter hin in den fernen, ewigen Wald. Zu jeder Zeit des Tages hat das Fenster sein besonderes Bild, und immer atmete das Bild Frieden und Schönheit. Ich bin ruhig an diesem Fenster geworden, der ich aus der großen Stadt und ihrem Wirbel geflohen war. Und ich kann das seltsame Fenster nicht vergessen und habe in meinem Leben doch durch viele Fenster geschaut und hinein in wunderbare Landschaften.

Die beiden Fenster, das im Gefängnis und das in dem Landhaus, haben mich gelehrt. Ein Fenster muß man offen haben, durch das man schauen kann in diesen Zeiten und durch das man ein Schönes und Liebes, ein Tröstendes und auch Ewiges sieht. Den in seinen seelischen Bezirken haben die meisten Menschen nicht gleichsam alle Fenster heutzutage zugesperrt oder dicht verhängen, daß sie nicht wie eingemauert leben ohne Luft und Licht! Kein Stern trübt herein, kein Sonnenstrahl singt sein Lied in das Dunkel und fördert das Ewige Gut; dennoch, dennoch!

O ihr armen Eingemauerten, ihr Dumpten und Stumpfen, ihr Ewigkeitstoten, was sündigt ihr wider euch selbst und das Leben vieler, die euch brauchen! Ein kleines, tröstendes Fenster kann jeder haben und sich offen halten. So arm ist kein Menschenherz! Und sei es, wie der Dichter sagt, auch nur eine bescheidene Dachluke! Nur darauf kommt es an, Ewiges, Schönes, in seiner Fülle nicht unterdrücktes hereinzulassen zu lassen. Und das ist immer da. Du mußt nur die Kunst verstehen, dein Fensterchen dorthin offen zu halten und dann recht zu schauen wissen, mit dem Herzen und den Augen des Kindes!

nicht durch das geringste Zeichen zu erkennen. Stelle sich ganz unbeteiligt, hob nur stumm die Achseln.

„Du kennst ihn von früher, hast du mir erzählt...“

Das freilich; sein Vater und der ibrige seien Freunde gewesen.

„Dumm, dumm...“ brummte Janicary. „Kann er nicht bei Peteris einkehren, um dort zu nicken? Gleich ins Kastell muß er kommen, der seine heilige Regel!“

„In gewissen Fällen glaubt man eben doch, auf die ungütige Gastfreundschaft sich verlassen zu können“, meinte Wilma trocken.

Der Baron taute an seinen Schmutzartenben. „Ja ja... Eine verfluchte Geschichte, aber es bleibt nichts übrig. Laß! Also schick ihn heraus, den Einbrichtler, und stell Gänge und Schlitten ein. Schick mir auch die Koffer, damit man mit ihm sprechen kann, wo man den lieben Gott unterbringt für den Kutscher sorgt.“ Er warf zornig die Figuren auf dem Schachbrett um.

Bell und Wilma hatten Zegghs draußen gelassen. Er wuschelte sich noch die Feuchtigkeit aus den Brauen und dem Schmutz, rieb sich die etwas erstarren Hände. Auf's höflichste bat er um Entschuldigung, dankte auf's höflichste, daß man ihm ein Obdach biete. Wenn man das Wetter hätte voraussehen können — aber auch dann, eine dringliche, unaussprechliche Denkreise... Er war ein mittelgroßer, kräftig gebauter Mann von vielleicht achtundzwanzig Jahren, mit lustigen braunen Augen. Er hatte wohlgepflegte Hände, an denen Ringe blühten, trug einen häßlich geschnittenen Rod und Breches und, wahrhaftig, auch heute Lackstiefel.

(Fortsetzung folgt.)

Edelster Deutscher Weinbrand
Scharlachberg
Meisterbrand

Vertreter: Gebr. Welter, Barmen-U., Tel. 5164.

Kastell Janicary.

Roman von Walter Angel.

(Nachdruck verboten.)

Die Gräfin zog ihre Tochter neben sich. „Zieh uns in Ruhe sprechen und beraten, mein Kind. — Du hast zu früh die Geduld verloren.“

„Rein, das hab ich nicht. Ich gebe es ja auch noch nicht auf, und ich weiß, daß sich mancherlei, freilich nur allmählich, ganz langsam wird bessern lassen. Aber der Kampf, den man zu führen hat, ist zermürend, und manchmal fällt einem eben Verzweiflung an... Was ich vor allem erreichen will: daß er von seiner Menschlichkeit läßt. Denn unter der Einsamkeit leide ich am meisten. Wenn man Götze sehen würde, wenn es Jagden gäbe, Gesellschaftsleben — die Nachbarschaft ist voll von netten Familien, aber er verkehrt mit keiner Seele! Dann würden auch die Geldbedürfnisse des Hauses fallen, so daß er schließlich gezwungen wäre, seinen Besitz fruchtbar zu machen.“

„Du siehst ja den Weg. Du mußt dich doch auch Wandel schaffen lassen.“

„Wandel schaffen? Bei einem Menschen, der allem ausweicht, was einellensform trägt, dem jeder, der dem Staat dient, ein ganz verächtlicher Kerl ist — bei einem Menschen, der solche Dinge anstellt, einen derart in Verlegenheit bringt? ...“

„Worauf spielt dir an?“

„Vor einer Woche ungeschick, ich stehe gerade in der Pappellallee und schaue zu, wie sie dort das Gestrüpp zu lichten anfangen, kommt ein Wagen die Dorfstraße herauf, ich erkenne den Jahrgang nicht gleich, doch er erkennt mich, läßt halten und eilt auf mich zu. Weißt du, wer es war? Andor Zeggh.“

„Der kleine Zeggh, der hübsche Junge? Was du nicht sagst! Was macht er hier?“

„Der kleine Zeggh ist ein stummer Mann mit einem braunen Schnurbart und sitzt als Einschlichter in Lugos. Auf einer Dienstreise hat er Erhöb passieren müssen. Er hatte übrigens schon von meiner Verlobung gehört. Ich hab mich wirklich riesig gefreut. Seit Wochen das erstemal was Neues, was anderes! Und schließlich haben wir als Kinder oft genug miteinander gespielt. Ich hab ihn selbstverständlich ins Haus ein, wir machen ein paar Schritte, da tritt Andor aus dem Tor. Wie er mich mit Zeggh sieht, tut er. Ich rufe ihn

an, rufe ihm zu, ich hätte ihm einen alten Freund vorzustellen, den Stuhlrichter Zeggh. Darauf wirft er mir einen strafenden Blick zu, Andor schaut er überhaupt nicht an, läßt auch seinen Gruß unberücksichtigt und kehrt ins Haus zurück.“

„Unhöflich, ein Stenbal!“

„Ja, das war's wirklich! Wie ich mich hab schämen müssen! Und einen Menschen, der sich so manierlos benimmt, den kann man so leicht nicht umwandeln!“

„Was ha: denn Zegghs gesagt? War er beleidigt?“

„Andor ist ein lieber Kerl. Er hat meine Verlegenheit bemerkt und hat gesagt: „Machen Sie sich nichts daraus, Wilma; wir in der Gegend hier kennen die Titten und Gebrauche auf Kastell Janicary. Aber nichts soll mich hindern, bei Gelegenheit einmal meiner schönen Jugendfreundin einen Besuch abzustatten. Wenn ich nur sicher sein kann, von ihr freundlich aufgenommen zu werden...“

„Erinnerungsbesuchen! Schelte Wilma vor sich hin. „Eine lebenswichtige Aufnahme von meiner Seite, die ich ihm gern zugebe.“

„Aus dem Garten herauf drang die Stimme des Wächers: „Wacht! Ihr nicht ein wenig herunterkommen in den Hof, liebe Kinder? Andor will mit seine Hunde vorführen.“

„Ach ja, seine Hunde —“ seufzte Wilma.

XII.

Andor Zeggh hielt sein Versprechen. Allerdings vergingen zwei Monate darüber.

Das Land lag in Schnee gehüllt, und es schneite immer noch, große, schwere Flocken, die langsam und dicht niederschwebten und Haus und Baum und Busch immer tiefer eingruben.

Janicarys lagen im Gelben Zimmer und spielten Schach. Damit vertreiben sie sich nach dem Wenden des gewöhnlich noch eine Stunde die Zeit. Beide rauchten. Sie schoben die Figuren, und selten fiel ein Wort.

Wilma hatte wenig übrig für das Schach. Sie langweilte sich; langweilte sich entgegisch. Und von der Schachpartie entführt, flogen ihre Gedanken auch heute wieder weg, weit weg, und ließen sich erst nieder in dem hellereleuchten Saal eines Schlosses, wo Lanten in prächtigen, knisternden Reden, schmutzbehangen, und Mädchen in heller Seide, in Weiß, in Rosa, in Blau, von jungen Husarenoffizieren, deren Silberpfeifen leise kitzelten,

zum Tanz geführt wurden, und oben auf dem Vordach spielten die Zigeuner den Donauwellenwalzer... Ein einziges Mal in ihrem Leben hatte sie das gemessen. Ein Jahr vor des Vaters Tod, als sie noch ein Mädchen, bei Hofegedächtnis zum Ball eingeladen war. Sollte das nie wiederkommen?

Aber wenn sie unaufmerksam war, brummte Janicary und zankte sie aus. Dann glom in ihren halbverdeckten Augen ein Funken des Hasses, und in ihrem Herzen regte sich der Wunsch, irgendwie, ganz geheim für den Haus aller Freude sich zu rächen, den dieser ungeschickte schreuliche Bauer im großen Spenser und schmutzigen Haismen, mit dem grauen, wirt um den Kopf hängenden Haar und den gelberden Wangen und behaarten Händen, an ihr beging. Durch stille Vergeltung sollte man sich wenigstens eine gewisse innere Überlegenheit sichern, die für so viel Entbehrungen entschädigte.

Vom Dorf her erlöste Schallengeläut. Beide saßen einander an mit der stummen, verwundernden Frage: wer mochte in einer solchen Nacht und so spät durch Erds kommen? In Janicarys Zügen bereitete sich schon Abellane vor wegen einer möglichen Störung; er drehte das Ohr, die Brauen beim Lauschen finster geballt, zum Fenster hin. Mit einem größeren, doch wohlbedingener Freude hörte Wilma das Läuten sich nähern; ihr war jede Störung als Unterbrechung des gewöhnlichen Ganges der Dinge willkommen. Vor dem Tor hielt der Schlichter.

Janicary stand auf. „Was wird denn das?“

Einige Minuten später trat Lajos ein und meldete, daß der wohlgeborene Herr Stuhlrichter Andor von Zeggh um Aufnahme bitten lasse. Er sei, auf der Rückreise von einer Dienstreise begriffen, von dem neuerlichen Schneefall überrascht worden und getraue sich nicht, die Fahrt wegen der ganz verschneiten Straßen und weil die Pferde schon ausgepumpt seien, heute noch fortzusetzen.

„Vertraut!“ Janicary trat ein paar Schritte durchs Zimmer. „Wart vor der Tür“, wies er Lajos an. „Dumme Sache! Was soll man da machen? ... Ich kann den Burken nicht rücken! Ein Ged. spaziert durch die Dörfer wie über die Andrahystrasse, parfümiert, pomadisiert, in englischen Hosen und hohen Lackstiefeln — was soll man da machen?“ blieb er vor Wilma stehen und schaute fragend auf sie nieder.

Die aber schüttelte sich, nach irgendeiner Richtung hin zu rufen. Sie gab ihre Vergnügung auch

11

